

Die Wirtschaft braucht Planungssicherheit

Wie ist die konjunkturelle Situation, welche Entwicklungen zeichnen sich ab, wie geht das Gewerbe mit dem Franken-Euro-Wechselkurs um? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Gesprächs mit WKL-Präsident Noldi Matt und WKL-Vizepräsident Hans-Peter Tschütscher. Am Schluss wird auch eine Prognose für die Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr gestellt.

Blicken wir auf das Jahr 2015 zurück: Wie sieht die Situation im Gewerbe aus?

Hans-Peter Tschütscher: Für das Baugewerbe hat das Jahr 2015 harzig begonnen. Viele Unternehmer im Bauhaupt- und Baunebengewerbe hatten wenig Arbeit, weil aufgrund des kalten und langen Winters die Baustellen nicht bereit waren. Gegen den Frühling hin hat sich die Situation beruhigt, im Sommer ist es richtig angelaufen und jetzt im Herbst haben wir Vollauslastung. Die Prognosen für den Winter tönen allerdings etwas verhalten, wie ich bei Gesprächen mit anderen Unternehmern gehört habe. Es ist nicht mehr wie vor einigen Jahren, als man sich noch sagen konnte: Was dieses Jahr nicht mehr möglich ist, verschieben wir auf das kommende Jahr. Wer sich auf dem Wohnungsmarkt umschaute, der kann erkennen, dass viele Objekte leer stehen. Die Mieter tendieren zum Einzug in eine neue Wohnung, womit die alten Wohnungen nicht belegt werden. Für die Vermieter stellt sich dann die Frage: Leer lassen oder renovieren?

Noldi Matt: Im Unterschied zur Situation vor einigen Jahren, als Bauherren auf einer Warteliste bei den Bauunternehmern standen, kann man heute relativ kurzfristig ein Unternehmen finden, das die Arbeiten ausführt. Auch andere Branchen, die schon vorher zu kämpfen hatten, erhielten mit dem Franken-Euro-Wechselkurs eine zusätzliche Herausforderung. Betroffen sind vor allem der Handel, aber auch Tankstellen merken die Abwanderung. Wir stellen auch Branchen fest, die aufgrund der Veränderungen auf dem Finanzplatz stagnieren oder gar rückläufige Umsätze haben, weil vor



Noldi Matt, Präsident der Wirtschaftskammer: «Zum Glück haben wir die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge, womit die ausländischen Unternehmen gezwungen sind, die gleichen Löhne und Sozialleistungen zu zahlen.»

allem im Bereich der Finanzdienstleistungen nicht mehr investiert wird: Das geht von der Informatik bis zu den Büroeinrichtungen. Auch die Industrie hat angefangen, ganze Pakete im billigeren Ausland einzukaufen.

Hat sich das Gewerbe schon mit den Problemen wegen der Frankenstärke abgefunden?

Noldi Matt: Unter Druck stehen sämtliche Sachen, die gehandelt werden. Das beginnt beim Drucksachenmarkt über die Ladengeschäfte bis zum Grosshandel. Dazu wird zunehmend über das Internet eingekauft, weil sich jeder schnell über Preise im In- und Ausland informieren kann. Kunden kommen heute in die Läden mit Preisangaben, die oft unter dem Einkaufspreis des Händlers liegen. Da wird dann ersichtlich, dass unser Handelsgewerbe preislich sehr stark unter Druck kommt. Es sind deutliche Anzeichen vorhanden, wo sich die Händler



Hans-Peter Tschütscher, Vizepräsident der Wirtschaftskammer: «Meist wird beim Ausbau der Sozialleistungen den Arbeitgebern eine höhere Belastung aufgebürdet, weil die Arbeitnehmer nicht mehr weiter belastbar seien.»

ernsthaft fragen müssen: Lohnen sich gewisse Geschäftsfelder überhaupt noch?

Hans-Peter Tschütscher: Im Baugewerbe sind die Lieferanten selbst unter Druck, sodass sie Ausschau halten müssen, wo sie die Waren billiger beziehen können. Selbst aktiv zu werden ist für einen Unternehmer schwierig, weil dann teilweise die Produktgarantien wegfallen. Konkurrenz gibt es auch von ausländischen Betrieben, die Arbeiten im Land ausführen.

Noldi Matt: Zum Glück haben wir die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge, womit die ausländischen Unternehmen gezwungen sind, die gleichen Löhne zu zahlen und die Sozialleistungen zu übernehmen. Ohne die Allgemeinverbindlichkeit wären unsere Unternehmen noch bedeutend mehr unter Druck. Leider gibt es Umgehungsmöglichkeiten, auf die wir keinen Einfluss haben:

Beispielsweise hat es Fälle gegeben, wo Österreicher in Liechtenstein nach den hiesigen Löhnen bezahlt wurden, dafür aber in Österreich am Samstag für die Lohndifferenz arbeiten mussten.

Wie sind die Lohnnebenkosten im Vergleich zu den Nachbarn?

Noldi Matt: Grundsätzlich sollten die Lohnnebenkosten nicht zu hoch sein, weil sonst unsere Konkurrenzfähigkeit sinkt, aber auch deshalb, weil uns sonst eine Übersozialisierung droht. Ich möchte dazu nur ein Beispiel anführen: Wenn eine arbeitstätige Frau eine Schwangerschaft hat, belastet sie die Krankentaggeldversicherung des Unternehmers – steigende Prämien sind die Folge. Dabei ist eine Schwangerschaft doch keine Krankheit, weshalb die Kosten nicht von der Krankenkasse zu tragen sind, sondern von der Familienausgleichskasse (FAK). Aber obwohl die Wirtschaftskammer dieses Thema in den letzten Jahren verschiedentlich aufgegriffen hat, will niemand auf der politischen Ebene dieses Thema aufgreifen.

Hans-Peter Tschüscher: Mit der AHV-Revision wird wieder eine Erhöhung der Lohnnebenkosten kommen. Hier ist zwar eine gleich hohe Anhebung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorgesehen, aber meist wird beim Ausbau der Sozialleistungen den Arbeitgebern eine höhere Belastung aufgebürdet. Die Begründung lautet, dass die Arbeitnehmer nicht mehr weiter belastbar seien. Aber auch die Arbeitgeber sind am Anschlag, doch wird das nicht wirklich ernst genommen.

Wie stellt sich die Wirtschaftskammer grundsätzlich zur AHV-Revision?

Noldi Matt: Grundsätzlich haben wir diese Revision befürwortet. Wir haben kein Problem damit, dass das AHV-Alter um ein Jahr hinaufgesetzt wird. Ebenso sind wir bereit, die geplante Beitragserhöhung mitzutragen. Die Wirtschaftskammer ist der Meinung, dass es eine sanfte Korrektur braucht, damit

in Anbetracht der demografischen Entwicklung die AHV längerfristig gesichert werden kann. Zu den längerfristigen Überlegungen gehört auch, wie wir mit dem zahlenmässigen Verhältnis von Werktätigen und Rentnern umgehen. Müssen wir die Grenzen öffnen und mehr junge Berufstätige hereinlassen, die aber auch Wohnsitz nehmen können? Oder gibt es eine andere Art der Finanzierung, beispielsweise dass ein Teil der Mehrwertsteuer-Erhöhung wie in der Schweiz in die AHV fliessen soll? Da bin ich der Meinung, dass die Einnahmen aus der erhöhten Mehrwertsteuer in die Staatskasse fliessen sollen, weil sich die AHV nach dem Umlagesystem selbst finanzieren sollte.

Und wie steht es bei der KVG-Revision? Wie ist hier die Position der Wirtschaftskammer?

Noldi Matt: Wir haben uns bisher offiziell noch nicht geäussert, weil es sich vor allem um eine Auseinandersetzung zwischen der Ärzteschaft und den Krankenkassen handelt. Persönlich bin ich nicht gegen eine massvolle Erhöhung der Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten. Gegen die KVG-Revision läuft ja bereits eine Unterschriftensammlung für das Referendum, allerdings vergessen die Initianten, dass ihre Enkel und Urenkel die Zeche zahlen müssen. Schlussendlich wird das Volk entscheiden.

Ein Thema ohne Ende ist die Bürokratie oder besser die Reduktion von Bürokratie. Wo stellt die WKL noch Handlungsbedarf fest?

Noldi Matt: Die Wirtschaftskammer hat eine Umfrage gemacht, dort sind einige Punkte angesprochen, die zum Abbau der Bürokratie führen. Die Regierung hat schon einige Massnahmen in die Wege geleitet, so z. B. die Reduzierung der Liftkontrollen usw.

Hans-Peter Tschüscher: Dazu gehört, dass der «Formularkrieg» eingeschränkt wurde. Die staatlichen Ämter und die

AHV haben Formulare verschickt und Daten verlangt, wobei man die Angaben nicht einfach kopieren konnte, weil überall andere Formulare verwendet wurden. In Zukunft soll es möglich sein, dass nur noch Angaben an eine Stelle geschickt werden müssen, die dann an die einzelnen Ämter und die AHV die erforderlichen Daten weiterleitet.

Noldi Matt: Ein anderes Beispiel ist die Zuständigkeit für Bewilligungen. Die normalen Bewilligungen für das Offenhalten von Verkaufsläden erteilt bisher das Amt für Volkswirtschaft, während die Bewilligungen für den Sonntag die Regierungskanzlei ausstellen musste. Nun soll, wie wir schon lange gefordert haben, das Amt für Volkswirtschaft für alle Bewilligungen zuständig sein.

Werfen wir noch einen Blick nach vorne in das Jahr 2016: Wie sind die Prognosen des Gewerbes?

Hans-Peter Tschüscher: Prognosen sind derzeit schwierig zu stellen. Aber für das Baugewerbe, glaube ich, wird sich die Situation wiederholen: Das heisst, ein harziger Beginn, vielleicht nochmals eine Reduktion von Bauaufträgen. Im Auge behalten müssen wir die Rekrutierung von Arbeitskräften, was vor allem mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz zusammenhängt: Können wir die Arbeitskräfte noch in der schweizerischen Nachbarschaft platzieren? Müssen wir unsere Grenzen öffnen? Im Moment hängt das alles in der Luft, und niemand hat grosse Lust, das Thema anzupacken.

Noldi Matt: Abzuwarten ist auch hier keine optimale Lösung. Besser wäre, nicht erst dann zu reagieren, wenn die Schweiz ihre Entscheidung getroffen hat, sondern vorher bei uns eine breite Diskussion zu führen, was man tun könnte. Für die Wirtschaft ist Planungssicherheit wichtig, und die Regelung dieser Frage gehört zu den wichtigsten Bereichen der Wirtschaftspolitik.